

stimmten 70 Abgeordnete, mit Nein stimmten 95 Abgeordnete, der Stimme enthalten hat sich niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/6854 abgelehnt**.

Wir kommen zu:

6 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000
Drucksache 18/6500 – Ergänzung

Vorlage 18/1417

Beschlussempfehlungen
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 18/6800 bis 18/6805
Drucksache 18/6806 – Neudruck
Drucksache 18/6807
Drucksache 18/6808
Drucksachen 18/6810 bis 18/6816
Drucksache 18/6820

zweite Lesung

Änderungsanträge
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksachen 18/6918 bis 18/6974

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/7026

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7027

Änderungsanträge
der Fraktion der FDP
Drucksachen 18/7028 bis 18/7106

Änderungsanträge
der Fraktion der AfD
Drucksachen 18/7107 bis 18/7136

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 – GFG 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5800
Drucksache 18/6500 – Ergänzung

Beschlussempfehlung
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 18/6809

zweite Lesung

Die Änderungsanträge, weitere Hinweise auf das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne sowie die vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Aussprache über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung hierüber. Liegen allerdings Änderungsanträge zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diese abgestimmt.

Über den Einzelplan 20 und den Text des Haushaltsgesetzes sowie die dazugehörigen Änderungsanträge stimmen wir am Ende ab.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 15
Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6815 sowie die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Jetzt eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Blask von der SPD-Fraktion.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! „Mögest du in interessanten Zeiten leben“, besagt ein viel zitierter Fluch. Ich fürchte, gerade in diesem Jahr leben wir in Zeiten, die wir uns alle etwas weniger interessant gewünscht hätten. Nicht nur die Finanzpolitik, auch die Land- und Forstwirtschaft sowie der Verbraucherschutz stehen vor großen Herausforderungen.

Zuletzt haben wir den Klimamonitoringbericht der Bundesregierung erhalten. Deutschland verliert so viel Wasser wie kaum ein anderes Land. Um 1,7 Grad hat sich unsere Lufttemperatur erhöht, der Wassermangel führt zu Ernteeinbußen, und es gibt mehr Waldbrände.

Wir befinden uns in einem Kreislauf, aus dem wir nur mit einer effektiven und konzertierten Kraft-

anstrengung ausbrechen können. Aber mit Blick auf den von den Regierungskoalitionen vorgelegten Haushalt 2024 wird es ein weiteres Jahr werden, in dem wir im Klein-Klein verharren, anstatt endlich den flächendeckenden Wandel der Land- und Forstwirtschaft anzupacken.

Erneut gaukeln wir uns und den Betrieben im Land vor: Alles kann so bleiben, wie es ist. – Dass das der Markenkern der CDU ist, haben wir erst vor Kurzem bei der Abstimmung in Brüssel gesehen; jetzt also auch hier in Düsseldorf. Aber woher soll ein großer Wurf auch kommen? Nach sage und schreibe 16 Monaten ist die Zerschlagung des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums immer noch nicht abgewickelt. Das mussten Sie zuletzt selbst zugeben – was für ein Eingeständnis. Wer nicht einmal Kompetenzen verteilt hat, kommt nämlich nicht zum Regieren.

Die Folgen können wir alle beobachten. In letzter Minute mussten Sie am Montag noch einiges revidieren. Ich gebe zu: Dieses Einsehen hat mich erleichtert. Noch vor wenigen Wochen hatten Sie, Frau Gorißen, die drastischen Kürzungen bei den Ökomodellregionen und den Aktionstagen Ökolandbau mit den Worten kommentiert: Jeder muss ein Stück zurücktreten. – Das war kurz nachdem Sie bei einem Ihrer vielen Besuche bei Biobetrieben laut verkündet hatten:

„Die Landesregierung stärkt dem Ökolandbau den Rücken und will den Anteil in Nordrhein-Westfalen weiter erhöhen. Mit unseren fünf Ökomodellregionen im Land, unserer Förderung für die Umstellung auf den Ökolandbau und unseren Angeboten bei Bildung, Beratung und Forschung sind wir auf einem guten Weg, und wir gehen weiter in die Breite.“

Jetzt haben Sie zum Glück eingelenkt. Ich weiß nicht, was Sie zum Umdenken gebracht hat. War es die Erkenntnis, dass nachhaltige Lebensmittel langsamer im Preis steigen als konventionelle und Bio die Inflation bremst, wie kürzlich eine Zeitung schrieb? War es der Einfluss der Grünen, die offensichtlich gemerkt haben, dass sich so etwas schwer an ihre Wähler verkaufen lässt? War es die Stellungnahme des Bioland-Verbandes, dessen Hinweisen Sie auch mit Blick auf die Gegenfinanzierung gefolgt sind? Vielleicht – wenn Sie uns diese Hybris gestatten – war es auch unser Änderungsantrag, der Sie dazu bewegt hat, noch einmal genauer hinzugucken.

Egal, was es war, ich bin froh, dass Sie nicht an Ihren Plänen festgehalten haben. Dass es diese gab, erfüllt mich allerdings mit großer Sorge, denn wir sprechen hier nicht von großen, aber von sehr wichtigen Summen. Dass die Stärkung der ökologischen Landwirtschaft in Zeiten, in denen wirklich niemand von uns mehr Klimawandel und Artensterben leugnen kann, eines Änderungsantrags aus Ihren eigenen Reihen bedarf, finde ich sehr bedenklich.

Was uns, ehrlich gesagt, ein wenig überrascht hat, waren die 500.000 Euro mehr für das Sofortprogramm bäuerliche Landwirtschaft. Nachdem Ihr Ministerpräsident das Programm zu Beginn vollmundig angekündigt hatte, haben Sie im vergangenen Jahr 5 Millionen Euro dafür – Zitat – aufgetrieben.

Es ist beruhigend, zu wissen, dass in diesem Jahr immerhin 1,5 Millionen Euro in den Sofaritzen des Ministeriums gefunden wurden. Schade ist nur, dass Sie nicht noch etwas tiefer gegraben haben, denn unseren Vorschlag für eine bessere Finanzierung der Tierheime bzw. des Tierschutzbundes haben Sie abgelehnt. Wir hatten 40.000 Euro vorgeschlagen – 40.000 Euro in Zeiten, in denen immer mehr Menschen sich aufgrund von Geldsorgen von ihren vereinbarten Freunden trennen müssen und auch die Tierheime nicht wissen, wohin mit ihnen. Das wäre ein gutes Zeichen gewesen – leider gab es das nicht.

Wir hatten Ihnen auch einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung gemacht, nämlich im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Anscheinend müssen alle sparen – auch die PR-Abteilung des Ministeriums? Die vielleicht nicht.

Tatsächlich gibt es in Ihrem Haushaltsentwurf auch Gewinner. Hier ist vor allem die Landwirtschaftskammer zu nennen. Deren Etat beträgt 143,5 Millionen Euro plus Einnahmen. Das ist ein Fünftel des gesamten Haushalts Ihres Ministeriums. Der Mittelaufwuchs beläuft sich auf 11 Millionen Euro. Auf Nachfrage unsererseits verwiesen Sie auf jährliche Steigerungen von Sach- und Personalkosten sowie neue Aufgaben im Rahmen der GAP-Reform. Alles schön und gut, aber der Mittelaufwuchs im Jahr davor betrug auch schon ungefähr 11 Millionen Euro. 2019 lag der Etat noch bei 105,3 Millionen Euro. Heute sind das rund 40 % mehr. Es gab seitdem definitiv keine fünf GAP-Reformen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Das ist keine Kritik an der Arbeit der Landwirtschaftskammer. Aber wenn Sie uns sagen, jeder müsse ein Stück zurücktreten, und dann den Ökolandbau zusammenstreichen, müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, ob diese Dynamik im Bereich der Landwirtschaftskammer gerechtfertigt ist.

Diese Frage haben übrigens auch die Grünen in der vergangenen Legislaturperiode gestellt und mehr Transparenz gefordert. Jetzt tun das leider nur noch wir. Wer weiß, vielleicht beantworten Sie die Fragen Ihres Koalitionspartners etwas ausführlicher als unsere, und darum besteht in dieser Richtung wohl kein Aufklärungsbedarf mehr.

Besonders stört uns an der Dynamik, dass wir im Bereich „Forsten“ etwas ganz anderes sehen. Seit Jahren fehlt es beim Landesbetrieb an Personal. Viele Mitarbeiter sind auf dem besten Weg in den Burn-out oder haben schon einen. Und was tun Sie? Sie

bewilligen acht neue Stellen und kürzen gleichzeitig die Investitionszulagen.

Mit der Begründung weggefallener Einmaleffekte wie der Sanierung eines Jugendwaldheims oder gestiegener Energiekosten kürzen Sie sogar um 12 Millionen Euro. Das mit dem Jugendwaldheim verstehen wir ja noch, aber ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal auf die Stromrechnung geschaut haben.

Daran, dass im Wald weniger gemacht werden muss, kann es auch nicht liegen. Schließlich haben Sie gerade erst die nächste Förderung für die privaten Waldbesitzer bewilligt. Das ist bei über 60 % Privatwald natürlich nicht verkehrt, aber für den Staatswald tragen Sie auch die Verantwortung, Frau Gorißen, und der werden Sie mit diesem Haushalt nicht gerecht.

Zu guter Letzt setzen Sie den Rotstift bei der Dorferneuerung an. Schon im vergangenen Jahr haben Sie 22 Millionen Euro bei den Feuerwehrgerätehäusern gestrichen, jetzt sind es weitere 18 Millionen Euro. Übrig geblieben sind 9,7 Millionen für – ich zitiere – „Kernthemen der integrierten ländlichen Entwicklung“.

„Dazu zählen unter anderem soziale, wirtschaftliche und verkehrliche Infrastrukturen im Dorf (z. B. Dorfgemeinschaftshäuser, Dorfläden, stationäre und mobile Grund- und Nahversorgungsangebote), Freizeit- und Naherholungseinrichtungen, Umnutzung von land- und forstwirtschaftlicher Bausubstanz sowie digitale Anwendungen.“

Bei der Menge an Aufgaben frage ich mich, was vorher noch alles dazugehört hat und was 9,7 Millionen Euro in Zeiten klammer kommunaler Haushalte und stark steigender Baukosten bewirken sollen. Als Abgeordnete aus dem ländlichen Raum sage ich Ihnen: Ein Bekenntnis zur Strukturentwicklung in ländlichen Räumen sieht anders aus.

(Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

Ja, ich weiß auch, dass Bundesmittel in diesem und vielen anderen Bereichen gekürzt wurden. Ja, natürlich sind die Haushaltsberatungen in diesem Jahr von Unsicherheiten geprägt. Ja, jeder von uns weiß, dass in Anbetracht von multiplen Krisen die Gelder nicht so locker sitzen wie noch in den vergangenen Jahren.

Aber was Sie sich jetzt wirklich sparen können, ist Ihre Empörung aufgrund der GAK-Mittel-Kürzung. Finden wir das gut? Natürlich nicht. Aber vermutlich wären die Kürzungen kleiner ausgefallen, hätten Sie nicht Millionen von Euro in Berlin, fast 30 % der Gelder, nicht abgerufen. Kein Wunder, dass sich der Bundesrechnungshof irgendwann beschwert. Und es sieht 2023 bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht besser aus – eher im Gegenteil.

Ich hoffe auf die von Ihnen vielgepriesenen letzten Monate des Jahres. Allerdings befürchte ich in Anbetracht des Verwaltungschaos, das die Trennung der Ministerien mit sich gebracht hat, nichts Gutes. Die angekündigten neuen Strukturen, die Sie in den letzten Sitzungen aus dem Hut gezaubert haben, finden sich übrigens auch nur teilweise in den Haushaltsplänen. Vor 2025 können wir offenbar nicht mit einer Verbesserung des Zustandes rechnen. Da Sie bis heute keine Begründung für Ihre Pläne, geschweige denn Evaluierungsergebnisse vorlegen können, können sich die Mitarbeitenden des LANUV vermutlich glücklich schätzen.

Wir leben in herausfordernden Zeiten, in Zeiten, in denen wir wichtige Weichen für die Zukunft stellen müssen. Dazu gehört auch, unsere Land- und Forstwirtschaft klimaresilient und zukunftsfest umzubauen. Trotz der Änderungsanträge, die hier einige Fehler korrigieren, legt dieser Haushaltsentwurf nicht den Grundstein dafür. Das ewige Weiter-so werden wir alle, insbesondere unsere Land- und Forstwirte, ausbaden müssen.

Wie gehabt, Sie zeigen nach Berlin, anstatt in Düsseldorf selber die Zukunft unseres Landes zu gestalten. In diesem Fall ist das besonders bigott. Auf den Bund zu schimpfen, aber die Bundesmittel offenbar nicht abzurufen, das ist uns zu wenig, um im Bilde zu bleiben, zu billig. In diesem Sinne lehnen wir Ihren Haushalt ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Blask. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Höner.

Markus Höner (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute zum Einzelplan des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz sprechen. Inhaltlich ist das ein kleiner, jedoch für mich ein sehr bedeutsamer Einzelplan. Standen im Jahr 2023 noch rund 785 Millionen Euro zur Verfügung, ist das Volumen mit 760 Millionen Euro im Jahre 2024 leicht gesunken.

Die herausfordernden Zeiten bringen mit sich, dass in fast allen Ressorts Einsparungen vorgenommen werden müssen. Wir alle wissen: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind schwierig. Der Krieg in der Ukraine hat einen Preisschock ausgelöst. Das spüren gerade alle in der Gesellschaft, vom Verbraucher bis hin zum Wirtschaftsunternehmen. Dennoch ist der Haushalt 2024 ein Haushalt ohne Schulden. Das ist ein Signal, gerade zur jetzigen Zeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Im Einzelplan 15 wurden Einsparungen überwiegend zu gleichen Teilen auf alle Ausgaben des Hauses verteilt, um die erfolgreiche Arbeit in allen Themen-

bereichen fortführen zu können. Es ist uns deshalb umso wichtiger, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln eine sorgsame Gewichtung zu treffen. Denn unsere Betriebe der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft benötigen eine Perspektive. Mit dem vorliegenden Entwurf des Einzelplans 15 möchten wir hierfür eine solide Basis schaffen.

Unsere Änderungsanträge, auf die ich noch detailliert eingehe, machen unsere Prioritäten noch einmal besonders deutlich. Ich möchte vorab betonen, dass all unsere Änderungsanträge gegenfinanziert sind. Gerade das hat etwas mit Verantwortung zu tun. Bei den Kollegen der Sozialdemokratie sieht das leider etwas anders aus.

(Norwich Rübe [GRÜNE]: Nicht nur bei denen!)

Einen einzelnen, nicht gegenfinanzierten Änderungsantrag über 30 Millionen Euro in diesen herausfordernden Zeiten, bei diesem sehr knappen Haushalt zu stellen, das hat nichts mit finanzpolitischer Verantwortung zu tun. Das geht so nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Doch fokussieren wir uns auf den wichtigen Punkt aus dem Einzelplan 15. Mit gezielten Investitionen in wichtige Zukunftsthemen wird der Blick nach vorne gerichtet auf eine verlässliche Versorgung mit regionalen und hochwertigen Lebensmitteln, auf eine moderne, zukunftsfähige Landwirtschaft, auf die neugestaltete Förderung der Struktur- und Dorfentwicklung und auf die Stärkung der forstwirtschaftlich genutzten Fläche.

Ja, der Schutz unserer Wälder genießt weiterhin höchste Priorität. Dabei bleiben die Wiederbewaldung von Kalamitätsflächen und der Umbau zu artenreichen und klimastabilen Wäldern das herausragende Ziel der Landespolitik. Denn eines ist klar: Ein gesunder Wald ist der beste Klimaschützer.

Wie notwendig die Wiederbewaldung ist, sieht jeder, der zum Beispiel mit offenen Augen durchs Sauerland fährt. Das neue niederschwellige Förderprogramm, 800 Euro für 400 Bäume, ist hier ein guter und richtiger Ansatz.

(Beifall von der CDU)

Ziel der regierungstragenden Fraktionen ist es, das Bauen mit Holz weiter auszubauen und zu stärken.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Daraus ergibt sich dann auch der logische Zusammenhang, die Wiederbewaldung aktiv voranzutreiben und mitzugestalten. Denn wo soll das Bauholz von morgen herkommen, wenn wir nicht bereit sind, die Wiederbewaldung voranzutreiben?

Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir regierungstragenden Fraktionen bei der Förderung des Öko-

landbaus. Wir sehen die Ökomodellregionen als einen Baustein zur Stärkung des ökologischen Landbaus in Nordrhein-Westfalen. Daher wollen wir hier die Förderung mit 1,9 Millionen Euro ansetzen. Die ursprünglich geplante Kürzung möchten wir fast vollständig zurücknehmen, weil uns als Koalition das wichtig ist.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Liebe Frau Blask, Sie haben eben gesagt, dass die parlamentarische Arbeit, die wir hier vollbringen, aus dem Ministerium gekommen sei. Wenn Sie sich die Änderungsanträge angeschaut hätten, hätten Sie festgestellt, dass die Änderungsanträge samt Gegenfinanzierung von uns, von der CDU- und von der Grünenfraktion, gemeinsam gestellt worden sind.

Ein weiterer Punkt, der mir am Herzen liegt: Wir werden das bürokratiearme Sofortprogramm zur Unterstützung der bäuerlichen Familienbetriebe weiter stärken. Es unterstützt unsere Betriebe im ständig laufenden Transformationsprozess. In der Titelgruppe 67 gibt es dafür einen Haushaltsansatz. Genau diesen möchten wir noch einmal erhöhen.

Damit stärken wir eine an der guten fachlichen Praxis orientierte bäuerliche Landwirtschaft, die unsere Ernährung sichert, die wertvolle Rohstoffe erzeugt, die nachhaltig wirtschaftet und die Tiere und Umweltschutz achtet, eine Landwirtschaft, die regional verankert ist und von den Landwirten und ihren Familien vor Ort getragen wird, eine Landwirtschaft, die in ländlichen Regionen eine wichtige gesellschaftliche Rolle übernimmt.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Der Einzelplan 15 zeigt, wir legen Schwerpunkte verantwortungsvoll in Bereichen, in denen sie jetzt gebraucht werden. Aus diesem Grund werden wir dem Haushalt zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Höner. – Für die FDP spricht Herr Abgeordneter Brockes.

Dietmar Brockes³⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Gorißen, fangen wir doch mal mit etwas Gutem, mit etwas Erfreulichem an: Wir freuen uns, dass Ihr Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Mittel für die Mehrfachversicherungen im Haushaltsentwurf aufgestockt hat. Doch leider profitieren nicht alle Kulturen, die für die Lebensmittelproduktion angebaut werden, von den Mehrfachversicherungen.

Frau Ministerin Gorißen hat es leider versäumt – und da kommt doch schon wieder die Kritik –, Kulturen wie zum Beispiel Süßmais, Kräuter oder Erbsen in die Förderkulisse aufzunehmen. Die eingestellten Mittel im Haushalt würden aber auch für diese

Kulturen reichen und wären für die Landwirte eine wichtige und gute Absicherung.

(Beifall von der FDP)

Doch was machen CDU und Grüne? Anstatt weitere Kulturen zuzulassen, stellen die regierungstragenden Fraktionen aus CDU und Grünen einen Änderungsantrag zum Kürzen des eigenen Haushaltsentwurfs.

Aber damit nicht genug: Frau Ministerin Gorißen kürzt auch Ausgaben für Untersuchungen von Fragen der standort- und tiergerechten Landwirtschaft sowie Förderungen für den Innovationstransfer in die Land- und Ernährungswirtschaft. Sie kürzen auch Mittel aus der Titelgruppe 72, die der Erarbeitung und Implementierung einer zukunftsgerichteten Strategie der Nutztierhaltung dienen.

Durch solche Kürzungen kann keine Transformation der Tierhaltung stattfinden. Hier sieht man mal wieder, welche Prioritäten die Landesregierung im Haushalt setzt. Diese liegen leider nicht bei der Landwirtschaft.

Auch der ländliche Raum muss weiter einbüßen. Im Landesprogramm „Dorferneuerung“ standen im Haushaltsjahr 2023 noch 28 Millionen Euro zur Verfügung. Dieser Ansatz wurde nun für das Jahr 2024 um mehr als 60 % auf magere 9,7 Millionen Euro gekürzt.

Das in der Presse und im Koalitionsvertrag groß angekündigte „Sofortprogramm bäuerliche Landwirtschaft“ findet sich auch nur versteckt in der Titelgruppe 67 – und siehe da! – mit gerade einmal 1 Million Euro wieder. Das, Frau Ministerin, ist viel zu wenig. Das wird der Bedeutung der bäuerlichen Landwirtschaft nicht gerecht. CDU und Grüne bleiben hier hinter ihren vollmundigen Ankündigungen zurück.

(Beifall von der FDP)

Deshalb werden wir Freie Demokraten einen Änderungsantrag mit dem Titel „Sofortprogramm Zukunft Landwirtschaft“ einbringen. Für die Landwirtinnen und Landwirte sollen zusätzliche 2,5 Millionen Euro freigestellt werden. Damit wollen wir die Betriebe in Nordrhein-Westfalen bei der Transformation unterstützen.

Und um auch das direkt zu sagen, Herr Kollege: All das, was wir hier vorlegen, ist auch gegenfinanziert.

(Heiterkeit von den GRÜNEN – Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Das reicht aber nicht!)

Weiterhin wollen wir den Landwirt als Energiewirt stärken. Mit einem Änderungsantrag über 35 Millionen Euro wollen wir ein finanzielles Förderprogramm für die Aufrüstung von Biogasanlagen zur Biomethanproduktion einführen.

Meine Damen und Herren, hier haben wir enorme Potenziale, ohne zusätzliche Flächen für die Ener-

gieerzeugung aufbringen zu müssen. Die Aufbereitung von Biogas zu Biomethan oder zu Bio-LNG bietet einen Hebel, um das europäische Biomethanziel zu erreichen und die Abhängigkeit von fossilem Erdgas zu verringern. Gleichzeitig muss das Potenzial von herkömmlichen Biogasanlagen zur Verstromung erhöht werden. Nicht abrufbare Mittel sollen ebenso für die Transformation der Tierhaltung zur Verfügung stehen.

Die schwarz-grünen Kürzungen setzen sich im Bereich des Verbraucherschutzes fort. Sie kürzen die Förderung von Projektmaßnahmen im Bereich des Tierschutzes, der Tiergesundheit und sonstiger veterinärbehördlicher Zwecke. Gerade überschlagen sich aber Vorfälle von Vogelgrippe und Blauzungenerkrankheit, und Sie kürzen in einem so wichtigen Bereich die Haushaltsmittel.

Schauen wir auf die Tierheime in Nordrhein-Westfalen. Seit der Coronakrise laufen die Tierheime leider überall voll. Sie gehen auf dem Zahnfleisch. Haustiere sind während der Coronazeit angeschafft worden, passen jetzt plötzlich nicht mehr zum eigenen Lebensstil, oder die Besitzer können sich diese schlicht nicht mehr leisten. Was unternimmt die Landesregierung zur Stärkung der Tierheime? Sie kürzt die Förderung für Baumaßnahmen von Tierheimen. Das finden wir absolut unsozial.

Kommen wir zum Onlinehandel. Der Onlinehandel boomt gerade jetzt in den Aktionswochen: Black Friday, Black Week, Cyber Monday. In gleichem Maße ist allerdings auch die Zahl von Verbraucherbeschwerden über Onlineshops gestiegen. Zum Beispiel wurde Bürgerinnen und Bürgern nach ihrer Bestellung keine Ware ausgeliefert, die Kreditkarten wurden mehrfach belastet, oder die Daten von Verbrauchern wurden missbräuchlich genutzt, Stichwort „Fake Shops“.

Auf Initiative der FDP-Fraktion wurden im Haushalt 2022, also in der letzten Legislatur, Mittel für den Aufbau des Fakeshop-Finders bereitgestellt. Den Fakeshop-Finder mit frischen Mitteln zu unterstützen, Frau Gorißen, finden wir als Freie Demokraten richtig und wichtig. Der Fakeshop-Finder 2.0 muss eben noch besser und weiterhin kostenlos für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Das ist praktizierter Verbraucherschutz.

(Bianca Winkelmann [CDU]: Ja, genau! Machen wir ja!)

Insgesamt ist der Einzelplan 15, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, für das Haushaltsjahr 2024 leider unausgewogen. Sie setzen Prioritäten an den falschen Stellen und werden Ihren eigenen Ansprüchen aus dem Koalitionsvertrag nicht gerecht.

(Beifall von der FDP)

Sie lassen die bäuerliche Landwirtschaft zurück, verweigern Landwirtinnen und Landwirten den Auf- und

Ausbau von Geschäftsfeldern im Bereich der Biogas- und Biomethanproduktion und reagieren nicht auf aktuelle Herausforderungen bei Vogelgrippe oder Blauzungenkrankheit.

Meine Damen und Herren, der schwarz-grüne Haushalt für 2024 ist kein Haushalt für die Zukunft Nordrhein-Westfalens. Er ist ein Haushalt des Stillstands, ein Haushalt, der mit schwarzer Unterstützung grüne Spielwiesen ermöglicht. Deshalb lehnen wir ihn ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Entweder grüne Spielwiese oder Stillstand! Sie müssen mal erklären, wie das gehen soll, Spielwiese und Stillstand zusammen!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen mittlerweile am Ende des Jahres. Haushaltsberatungen im November sind auch immer eine Gelegenheit, noch mal einen Blick zurückzuwerfen.

Zwei Dinge, Herr Brockes, haben die Landwirtschaft in diesem Jahr mächtig beschäftigt: einmal mehr das Wetter. Ich erinnere an den Dauerregen im Herbst, die schwierige Ernte und die noch schwierigere Aussaat. Herr Kollege Höner weiß, wovon ich rede.

Lieber Kollege Brockes, was die Landwirtschaft das ganze Jahr über beschäftigt hat, ist die Frage: Wie soll es eigentlich weitergehen? Sie werfen hier als FDP-Abgeordneter der Landesregierung vor, wir würden nicht genug für die bäuerliche Landwirtschaft tun. Gleichzeitig ist es Ihr Finanzminister in Berlin, der die Umsetzung der Borchert-Pläne durch seine Finanzpolitik abwürgt. Es ist eine Unverschämtheit, dass Sie so etwas machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Es sind Krokodilstränen, die Sie da heulen. Das finde ich wirklich unwürdig.

Ich sage Ihnen noch eines: Wenn Sie hier 30 Millionen Euro für den Umbau, die Umrüstung von Biogasanlagen beantragen, frage ich mich, wofür wir eigentlich zusammen im Umweltausschuss Anhörungen machen. Die Anhörung hat als Ergebnis ganz deutlich hervorgebracht, dass diese Umrüstung, die Sie jetzt mit 30 Millionen Euro fördern wollen – das war damals Ihr Antrag –, gar keinen Sinn macht, dass sie überhaupt nicht gebraucht wird. Warum stellen Sie einen solchen Antrag? Dann können wir Anhörungen auch sein lassen. Wir wollen doch schlauer werden. Man stellt doch nicht aus FDP-ideologischen Grün-

den so einen Antrag zum Haushalt und meint, man könne da 30 Millionen Euro ausgeben.

Präsident André Kuper: Herr Kollege Rüße, ich müsste Sie einmal kurz stören. Der angesprochene Kollege möchte gern eine Zwischenfrage stellen.

Norwich Rüße (GRÜNE): Das habe ich vermutet.
(Heiterkeit)

Präsident André Kuper: Denn man tau!

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege Rüße, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Wir diskutieren gerade den Einzelplan des Landwirtschaftsministeriums. Wenn ich es richtig weiß, dann wird gleich Frau Ministerin Gorißen dazu reden, weil sie die Verantwortung für diesen Bereich hat.

Meine Frage ist: Wie kommen Sie darauf, dass in Berlin die Verantwortung für den Landwirtschaftshaushalt beim Finanzminister und eben nicht beim zuständigen Landwirtschaftsminister liegt, der für ideologiegetriebene Vorzeigeprojekte noch reichlich Geld hat, aber eben leider nicht für die GAK-Mittel?

(Beifall von der FDP)

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich bin fast ein bisschen fassungslos, Herr Brockes.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Sie sollten sich wirklich überlegen, ob Sie solche Zwischenfragen stellen. Wir wissen doch alle miteinander, dass die Borchert-Kommission ermittelt hat, dass der jährliche Finanzbedarf für den von der gesamten Gesellschaft gewünschten Umbau der Tierhaltung ungefähr 4 Milliarden Euro beträgt. Jetzt kann man sich überlegen, wie man das finanziert. Aber die Mittel müssen bereitgestellt werden. Es war Ihr Finanzminister, Christian Lindner, der gesagt hat: Okay, lieber Landwirtschaftsminister, du kriegst 1 Milliarde Euro für vier Jahre. Damit musst du erst mal starten und auskommen. – Das ist die Faktenlage. Es ist Ihr Finanzminister.

(Kopfschütteln von Dietmar Brockes [FDP])

– Da hilft auch Kopfschütteln nichts. Genauso ist es.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wenn die aus meiner Sicht dringend notwendige Anschubfinanzierung des Umbaus der Tierhaltung so nicht kommt – ich nehme zur Kenntnis, dass das im Moment so ist –, glaube ich, wir brauchen bei der Borchert-Kommission dringend einen Neustart. Ich finde es außerordentlich schade, dass sie nicht mehr

da ist. Wir müssen da noch mal neu durchstarten und sehen, wie wir das wieder angeschoben bekommen.

Aber wenn das nicht so ist, lautet die Frage – und die haben wir uns im Koalitionsvertrag auch gestellt –: Was können wir tun? Die Bäuerinnen und Bauern sagen alle: Wir sind ja bereit, die Tiere anders zu halten. Wir machen das, aber der Absatz muss stimmen. Dabei haben wir uns gemeinsam überlegt: Was können wir tun? – Da machen wir uns auf den Weg. Mitnichten sind das grüne Spielwiesen, Herr Brockes. Das können Sie nun absolut nicht sagen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wenn sich diese Ministerin bemüht, dass wir jetzt ein Kantinenprogramm umsetzen, dass wir eine Ernährungsstrategie in NRW erhalten, dass wir eine bessere regionale Vermarktung für die Bäuerinnen und Bauern in den Regionen hinbekommen, damit wir nicht mehr wie in der Vergangenheit so stark vom Weltmarkt abhängig sind, damit wir für die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen die Produkte erzeugen, dann sind das doch keine grünen Spielwiesen. Das ist das, was die Menschen, was die Bevölkerung, was Verbraucherinnen und Verbraucher von der Politik erwarten. Sie erwarten, dass wir das tun und die Landwirtschaft an der Stelle unterstützen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich freue mich tatsächlich, dass wir das, nachdem wir im letzten Jahr die Erhöhung gemacht haben, Stichwort „Ökomodellregion“, jetzt verstetigt bekommen.

Natürlich kann man immer fordern, es muss noch ein bisschen mehr sein, klar. Aber die Haushaltslage ist so, und das haben andere Redner vor mir auch schon im Laufe des Tages gesagt, wie sie ist. Es ist schon eine große Leistung, dass diese Finanzierung so verankert ist. Das gilt auch für die Aktionstage Ökolandbau. Ich glaube, es ist ein starkes Signal, dass wir die Mittel so wieder bereitstellen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

In schwierigen Zeiten – und für die Landwirtschaft sind es schwierige Zeiten – ist es wichtig, dass man sich auf eine Landesregierung verlassen kann, dass man weiß, sie steht hinter einem, sie hilft einem, diesen Umstrukturierungsprozess hinzubekommen.

Der Haushalt des Einzelplans 15 ist nicht der größte Haushalt. Ich würde ihn mir größer wünschen, damit wir mehr für die Landwirtschaft, für die Wälder bewegt bekämen. Das ist so. Aber er ist eben erst mal so, wie er ist.

In diesem Haushalt fallen zwei große Blöcke auf. Frau Blask, jetzt werden Sie überrascht sein. Ich thematisiere das trotzdem weiterhin.

Es gibt zwei große Blöcke, die stark von Verwaltungsausgaben geprägt sind. Das sind die Überweisungen in Richtung Landwirtschaftskammer und in Richtung Landesbetrieb Wald und Holz. Da gab es in den vergangenen Jahren erhebliche Aufwüchse. Die sind zwar zu erklären, aber trotzdem möchte ich den Hinweis geben, dass wir, weil wir alle miteinander wissen, dass die Mittel nicht immer weiter zunehmen, bei diesen Positionen sorgfältig beobachten müssen, wie die weitere Entwicklung ist, und prüfen müssen, was auf Dauer geht.

Bei der Umsetzung der GAP-Förderung und der dahinterstehenden Kontrolle müssen wir uns überlegen, ob wir die Digitalisierung dazu nutzen wollen, 100 % perfekt zu kontrollieren, oder ob wir die Digitalisierung auch dazu nutzen wollen, den vorhandenen Anteil an Kontrollen weiter fortzuführen, aber die Verwaltung durch Digitalisierung zu entlasten. Bei der Entscheidung wird zwar zum Großteil von Brüssel vorgegeben, was gemacht werden muss, aber ich glaube, wir müssen stark darauf drängen, das in eine andere Richtung zu schieben, weil wir nicht immer mehr leisten können.

Wir müssen auch andere Dinge auf den Prüfstand stellen. Als Beispiel nenne ich die Untersuchung auf BHV. Die jährlichen Blutproben – Mutterkühe sind da betroffen – kosten jeden landwirtschaftlichen Betrieb je nach Größe der Herde 200, 300 oder 400 Euro. Da stellt sich die Frage, ob man die Blutproben, anstatt sie mühselig von Tierärzten, von denen wir immer weniger haben, jedes Jahr unter Belastung der Tiere aus dem Schwanz entnehmen zu lassen – das ist keine einfache und für alle Beteiligten anstrengende Prozedur –, nicht auf eine Entnahme des Blutes am Schlachthof umstellen könnte. Darüber könnte man die Herde kontrollieren, anstatt jährlich Stress für Tiere, Tierärzte, Bäuerinnen und Bauern auszulösen.

Da müssen wir hinschauen. Wir diskutieren hier sehr oft über Fachkräftemangel, aber beschäftigen Tierärzte mit solchen Dingen. Ich denke, da müssen wir zu einer Entlastung kommen.

(Beifall von den GRÜNEN und vereinzelt von der CDU)

Wir müssen uns auch Ihre Anträge noch einmal ganz genau anschauen, Frau Blask. Ich finde schon, dass man immer gucken muss – das haben wir als Koalitionsfraktion und auch als Grüne vorher in Oppositionszeiten immer gemacht –, woher man die Deckung nimmt. Man kann nicht einfach etwas fordern.

Bei 30 Millionen Euro mehr für das Kleingartenwesen stellt sich ohnehin die Frage, ob das so, wie Sie es konzipieren, nicht in den Städtebauhaushalt gehört. 30 Millionen Euro mal eben so als Versprechen für das Kleingartenwesen kann ich nicht nachvollziehen.

Als die FDP eben 30 Millionen Euro hörte, hat sie sich gedacht: „30 Millionen Euro können wir auch

ausgeben“ und zauberte ihren Biogasantrag aus der Tasche. Dann sollten auch da 30 Millionen Euro ausgegeben werden.

(Dietmar Brockes [FDP]: 35!)

– 35 Millionen! Ah, wir können 5 Millionen Euro mehr als die SPD. Herzlichen Glückwunsch!

Ich finde es schwierig, ernsthaft über Änderungsanträge zu diskutieren, die auf dem Niveau ablaufen. Ich würde mir wünschen, dass Sie im nächsten Jahr mit besseren Anträgen kommen und wir die Anträge dann vielleicht auch aufnehmen können. So geht das jedenfalls nicht.

Alles in allem ist das aus unserer Sicht ein Haushalt, der der Landwirtschaft hilft, der in die richtige Richtung geht und deshalb unsere Unterstützung findet. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Rüße. – Für die AfD spricht ihr Abgeordneter Herr Schalley.

Zacharias Schalley (AfD): Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Wir wollen Verbraucherschutzland Nummer eins sein. Das verspricht Schwarz-Grün vollmundig im Koalitionsvertrag. Aber wovon will die Landesregierung eigentlich wen schützen? Ich sage es Ihnen: sich selbst davor, dass die Verbraucher erkennen, wer für ihre Misere verantwortlich ist.

Denn Nummer eins ist NRW nur in wenigen Dingen, zum Beispiel darin, seine Wirtschaft totzuschumpfen. Bei der Verschuldung der Kommunen oder auch in der Privatverschuldung spielt NRW ganz oben mit.

Noch ein paar Worte zum Verbraucherschutz: Beim Thema „Verbraucherschutz“ herrscht in der Politik ja immer große Einmütigkeit. Verbraucherzentralen machen tolle Arbeit und werden von Bürgern gut angenommen usw.

(Bianca Winkelmann [CDU]: Ach so!)

Aber warum brauchen wir so etwas wie eine Verbraucherschutzzentrale überhaupt? Warum müssen die ein so üppiges Budget bekommen? Mit dem Verbraucherschutz ist es wie mit der Pharmaindustrie: Es ist finanziell lukrativer, die Symptome zu lindern, als tatsächlich die Krankheit zu heilen.

So hat sich die Verbraucherzentrale dieses Jahr vor allem damit gebrüht, wie gut ihre Energie- und Schuldnerberatung angenommen wurde. Aber warum brauchen die Bürger plötzlich so viele Beratungen zu den Themen „Energiekosten“ und „Schulden“? Weil die – Zitat – „dümme Energiepolitik der Welt“ die Leute in den finanziellen Ruin treibt. Strom- und Heizkosten explodieren, und die Lösung der

Politik ist nicht etwa, Maßnahmen zu ergreifen, um die Stromkosten zu senken, sondern es sind Beratungsangebote.

So erklärt die Landesregierung, dass ihr die Stärkung der – Zitat – „Verbraucherkompetenzen in allen Altersgruppen“ ein besonderes Anliegen sei. So gibt es 170.000 Euro für regionale Seniorenkonferenzen, wo man den flaschensammelnden Omas erklärt, dass sie ein Haushaltsbuch oder eine Einkaufsliste schreiben sollen – Schuldnerberatung auf Peter-Zwegat-Niveau.

(Bianca Winkelmann [CDU]: Was für eine Unverschämtheit gegenüber den Seniorinnen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn die Verbraucher auf dem Zahnfleisch gehen und vor lauter Zertifikaten, Labels und Siegeln keiner mehr durchblickt, was eigentlich in der Kühltruhe liegt, dann ist die Lösung der Politik: mehr Geld für die Verbraucherzentrale. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelte Beifall von der AfD – Norwich Rüße [GRÜNE]: Da klatscht noch nicht mal mehr die AfD!)

Apropos Labels und Siegel: Die Nutztierhaltungsstrategie der CDU soll nun dank grüner Federführung vor allem unter dem Aspekt des Tierwohls weiterentwickelt werden. Man will die nachhaltige Weiterentwicklung der Haltungsbedingungen mit verstärktem Blick auf die Tierschutzkriterien. Dazu sollen Genehmigungsverfahren beschleunigt und flexiblere Nutzungen ermöglicht sowie Tierwohlinvestitionen einfacher genehmigt werden. Klingt alles schön und gut. Wer kann denn schon dagegen sein? Aber was fehlt? Es fehlt das Wichtigste für solche Projekte: das Geld, um das alles zu bezahlen. Sie gestalten keinen Strukturwandel, sondern führen einen Strukturbruch herbei.

Ich erkläre es Ihnen am Beispiel der Schweinehalter. Die Schweinebauern haben über Jahre und mit viel Geduld und Geld daran gearbeitet, die Vorgaben der Politik zum Tierwohl umzusetzen. Was macht die Politik? Wenn der neue Stall gerade fertig ist – und in voraussichtlich 20 Jahren abbezahlt –, legt die Politik die Latte wieder höher. Wenn die Auflagen beim Tierwohl nicht erhöht werden, dann kommen höhere Auflagen beim Immissionsschutz oder den Abluftanlagen oder was weiß ich. Planungssicherheit passé, Amortisierung nicht abzusehen!

(Zuruf von der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Schön, wenn man so ahnungslos redet!)

Die Landwirtschaft in NRW leidet unter enormem Investitionsdruck. Die Bauern in unserer Heimat sind ohnehin knapp bei Kasse. Das Grundlegendste für die Produktion von Lebensmitteln wird immer teurer und knapper: der Grund und Boden.

Angesichts von Inflation und zahlreichen Krisen, besinnen sich viele agrarfremde Investoren auf einen alten Grundsatz: Leute, kauft Boden. Er wird nicht mehr hergestellt. – Nicht nur Spekulanten verteuern und verknappen das Ackerland, sondern auch die grün-dominierte Landesregierung will unsere Äcker und Weiden mit Windindustrieanlagen und Photovoltaik zupflastern. Die damit einhergehende Bodenversiegelung und die Ewigkeitskosten für kommende Generationen spielen keine Rolle für Dunkelgrün.

Hinzu kommen Flächen, die für Naturschutzzwecke komplett aus der Produktion genommen werden – außer für die Produktion von unzuverlässiger Windenergie – und die dann tatsächlich nicht dem Naturschutz dienen. Denn beispielsweise in Naturparks dürfen Windkraftanlagen gebaut werden.

Die Partei Ludwig Erhards verteilt Fördermittel für Brachlegung oder Umstellung auf Ökolandbau – also Produktionseinbußen und Herausnahme aus der Produktion – und feiert sich dafür.

Die vermeintliche Lösung für klamme Bauern: Sie sollen auf Ökolandbau umstellen. Im Koalitionsvertrag planen Sie 15 % Anteil. Ihre Milchmädchenrechnung ist dabei: Bei höherer Qualität können die Landwirte auch mehr für ihre Produkte verlangen.

Dumm nur, dass dann die harten Gesetze von Angebot und Nachfrage zuschlagen! Wenn die Inflation steigt, geben die Verbraucher weniger für Lebensmittel aus. Wir haben das doch alle erlebt. Wir hatten es mit Umsatzeinbrüchen von bis zu 15 % im Biosegment zu tun.

Das zwingt die Bauern, ihre Ökoprodukte, die mit hohen Investitionen refinanziert werden, zum Preis von konventionellen Nahrungsmitteln zu verkaufen. Beispiel Biomilch: Die Fachzeitschrift *agrarheute* sprach in diesem Herbst von einer Kaufkrise. Es gab zu viel Biomilch am Markt, sodass diese teilweise günstiger war als die konventionelle Milch. Bei Biomilchbauern bleibt also nichts kleben, und die Amortisierung des Stallbaus, des teureren Futters etc. rückt in weite Ferne.

(Norwich Rübe [GRÜNE]: Wie ist denn jetzt der Preis? Jetzt!)

Denkt die CDU eigentlich noch an ihre traditionelle Klientel unter den Bauern? Sie brechen unserem heimischen Bauernstand das finanzielle Rückgrat. Da ist es irrelevant, ob die CDU in einem Kuhhandel mit den Grünen das Landwirtschaftsministerium vom Umweltministerium abspaltet und die Agrarministerin stellt.

Die politische Linie in der CDU-Landwirtschaftspolitik hat Ministerpräsident Wüst unlängst gegenüber der Rheinischen Post kundgetan. Zitat: „Die Landwirtschaft hat viel geleistet, insbesondere in der Energieerzeugung und Landschaftspflege.“

Energieerzeugung und Landschaftspflege? Was ist mit der Kernaufgabe der Landwirtschaft, der Produktion hochwertiger und breit verfügbarer Lebensmittel?

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Die CDU hat sich längst davon verabschiedet, die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten. Wer vertritt überhaupt noch die Interessen der Bauern in Nordrhein-Westfalen? Oft genug musste Ministerin Gorißen, ja, sogar der Ministerpräsident höchstselbst die Bauern beschwichtigen.

Was kommt da aus dem Munde von Hendrik Wüst am Bauerntag? Er wirft den Bauern vor, dass sie zu viel jammern.

(Norwich Rübe [GRÜNE]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Unsinn!)

Daher sollten sie sich nicht wundern, wenn die Kinder dann den Hof nicht übernehmen wollten.

(Zurufe von der CDU und den GRÜNEN)

Das ist ein Schlag ins Gesicht für jeden Bauern.

(Zuruf von der CDU: Wenn man zitiert, sollte man richtig zitieren!)

Und wie reagieren die Bauernverbände, die Interessenvertretung der Landwirte? Sie üben lasche Proforma-Kritik an der Agrarpolitik und versuchen, irgendwie die Kuh vom Eis zu kriegen, damit die Bauern der CDU treu bleiben.

(Lachen von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Das wundert wenig, wenn beispielsweise Bernhard Conzen, Präsident des Rheinischen Landwirtschafts-Verbandes, selbst Mitglied der CDU ist. Die Bauernverbände vertreten nicht die Interessen der Bauern bei der Politik, sondern die Interessen der Politik gegenüber den Bauern.

(Zurufe von der CDU und den GRÜNEN)

Die CDU, die große Partei des ländlichen Raums, kürzt die Mittel für die ländliche Entwicklung. Mit der Umwandlung der CDU zur modernen Großstadtpartei wandelt sie den ländlichen Raum in die Abraumhalde für grüne Ideen um. Da werden die Abstandsregelungen für Windkraftanlagen gekippt, und anstatt angemessene Gelder für die dörfliche Entwicklung bereitzustellen, soll jetzt jedes Dorf mit einem eigenen Christopher Street Day beglückt werden.

(Lachen von der CDU und den GRÜNEN)

Darauf haben die Menschen wirklich gewartet.

Auch im Landwirtschaftsministerium haben die Grünen die Zügel fest in der Hand, und CDU-Ministerin Gorißen voltigiert vor der alten CDU-Klientel, damit diese nicht merkt, wer in dieser Koalition tatsächlich Ross und wer Reiter ist.

Eine Politik mit Rückgrat für den ländlichen Raum und für unsere Bauern gibt es nur mit der AfD.

(Lachen von der CDU und den GRÜNEN – Zurufe: Ah!)

Die AfD schätzt die Bauern für ihre Tradition und für ihren unverzichtbaren Beitrag zum Gemeinwesen, der nicht in Energieerzeugung und Landschaftspflege besteht, sondern in der Herstellung von Lebensmitteln.

Wir werden die Bauern von unnötigen Vorschriften und Bürokratie entlasten, ihnen Planungssicherheit zurückgeben und eine wirtschaftliche Zukunft garantieren – und ihnen die Wertschätzung entgegenbringen, die sie tatsächlich verdienen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Gorißen.

Silke Gorißen, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es ist schon erstaunlich, was man alles an Märchengeschichten geboten bekommt. Ich versuche einmal, darzustellen, wofür dieses Ministerium tatsächlich steht, nachdem wir jetzt einige Minuten aus dem Reich der völligen Unkenntnis gehört haben, was angeblich bei uns läuft oder nicht laufen soll.

Nordrhein-Westfalen ist nach Bayern und Niedersachsen das drittstärkste Agrarland in Deutschland. Fast die Hälfte unserer nordrhein-westfälischen Fläche wird landwirtschaftlich beackert und gepflegt. Hier gibt es den Anbau von Pflanzen für Ernährung und Futter, Zierpflanzen oder auch nachwachsenden Rohstoffen. Wir sind auch das Gartenbauland Nummer eins in Deutschland.

Die ländlichen Räume in unserem Bundesland sind Lebensmittelpunkt für mehr als die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner in Nordrhein-Westfalen. Der Wald in Nordrhein-Westfalen bedeckt rund ein Drittel der Landesfläche.

Meine Damen und Herren, in unserem Bundesland leben 18 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

– Hören Sie doch mal auf, die ganze Zeit zu versuchen, zu stören.

So sind wir mit unserer Arbeit für eine gute und gesunde Ernährung und für eine sichere Lebensmittelversorgung verantwortlich.

Wir stehen für eine starke Landwirtschaft und eine starke Forstwirtschaft. Das sind wichtige Säulen unse-

res wirtschaftlichen, kulturellen und auch gesellschaftlichen Lebens.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, im Rahmen der bisherigen Haushaltberatungen hatten wir bereits mehrfach die Gelegenheit, uns intensiv auszutauschen. Dass die Rahmenbedingungen schwierig sind, wissen wir alle zur Genüge. Und zur Wahrheit gehört auch dazu, dass klar ist, dass jeder sparen musste.

Ich wundere mich immer wieder, dass nur noch vorgehalten werden kann, wo man mehr und mehr Geld investieren sollte und nicht hätte sparen dürfen, ohne dass ich auch nur einmal von der Opposition einen ordentlichen Vorschlag bekommen hätte, wie man es hätte anders machen können, dem man sich ja in der politischen Diskussion eventuell hätte öffnen können.

So bleibt es unser Anspruch als Landesregierung, auch im kommenden Jahr sehr gezielt gerade die wichtigen Zukunftsthemen anzugehen und dort zu investieren. Hier haben wir sechs Themenkomplexe, die die Schwerpunkte meines Hauses bilden.

Der erste Komplex ist die Förderung freiwilliger Leistungen bei der umweltfreundlichen Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen, beim ökologischen Anbau und auch beim Tierwohl.

Den Landwirtschaftssektor zu stärken, ist zweifellos eine unserer größten Aufgaben. In einer Zeit voller globaler Krisen und in einer Zeit des Klimawandels müssen wir zusehen, dass unser nordrhein-westfälischer Erzeugermarkt gut dasteht; denn er ist von grundlegender Bedeutung für unsere Ernährungssicherheit.

Unsere Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen muss leistungs- und wettbewerbsfähig bleiben. Mit dem Sofortprogramm bäuerliche Landwirtschaft haben wir ein bürokratiearmes Programm geschaffen, um spezielle Investitionen zur Verbesserung des Tierwohls, der Tiergesundheit und der Energiesicherheit in landwirtschaftlichen Unternehmen zu fördern.

Konkret nennen möchte ich hier auch die Förderung von Agrarumweltmaßnahmen wie den Anbau vielfältiger Kulturen mit großkörnigen Leguminosen, die Bewirtschaftung kleiner Ackerschläge, den Anbau von Uferrandstreifen oder auch die Anlage von Erosionsschutzstreifen sowie tiergerechte Haltungsvorfahren.

Der zweite Komplex betrifft die Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Hier ist das Ziel meines Hauses, insbesondere die Vermarktung regionaler Produkte zu fördern. So wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Agrar- und Ernährungswirtschaft insbesondere durch kompetente Beratung und tatkräftige Hilfe stärken.

Wir wollen Verbraucherinnen und Verbrauchern qualitätsrelevante Merkmale landwirtschaftlicher Erzeug-

nisse und ihre Produktionsweisen näherbringen und damit dem veränderten Verbraucherbewusstsein hinsichtlich der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen nachkommen.

Der dritte Themenkomplex betrifft Tierschutz, Tiergesundheit und Tierseuchenbekämpfung. Tierschutz und Tiergesundheit bedingen sich gegenseitig. Wir setzen uns für einen verantwortlichen Umgang mit Nutztieren ein, weil aus gesunden Nutztieren auch gesunde Lebensmittel gewonnen werden können. Wir koordinieren und steuern die Umsetzung veterinärrechtlicher Bestimmungen durch die zuständigen Behörden in Nordrhein-Westfalen, um Tierbestände bestmöglich gesund zu halten.

Allerdings ist die landwirtschaftliche Nutztierhaltung in Nordrhein-Westfalen durch die aktuelle Tierseuchenlage stark beansprucht. Aus diesem Grund werden wir nutztierhaltende Betriebe in dieser Thematik weiterhin stark unterstützen, um Tierseuchenausbrüche möglichst zu vermeiden. Dazu gehören die Optimierung von Tierseuchenpräventionsmaßnahmen, die Stärkung der Unternehmensverantwortung sowie die Stärkung der Veterinärverwaltung sowohl auf der kommunalen als auch auf der Landesebene.

Tierschutz und Tierwohl haben aber auch darüber hinaus einen hohen Stellenwert, und zwar nicht nur in Bezug auf die gehaltenen Heimtiere, sondern auch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, die die Herkunft tierischer Lebensmittel zunehmend hinterfragen. Den gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Tierschutz und Tierwohl wollen wir sowohl im Nutztier- als auch im Heimtierbereich bestmöglich voranbringen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Beim vierten Themenkomplex geht es um die klimaresiliente Wiederaufforstung und Waldbrandprävention. Lassen Sie mich auf den Zustand unserer Wälder in Nordrhein-Westfalen zu sprechen kommen. Er hat sich – die aktuellen Zahlen haben wir gerade erst in der vergangenen Woche im Rahmen des Waldzustandsberichts veröffentlicht – bedauerlicherweise zunehmend verschlechtert. Allein in den letzten fünf Jahren sind durch Stürme, Dürre und den Borkenkäferbefall rund 142.000 ha Schadfläche im Wald entstanden.

Der Wald ist unser Klimaschützer Nummer eins. Er erfüllt viele wichtige Funktionen: Speicherung von CO₂, Schaffung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen und Schaffung einer Quelle für den wertvollen und nachwachsenden Rohstoff Holz, den wir benötigen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Unser Ziel ist es, den Wald klimaadaptiv umzubauen. Dabei gehört insbesondere die Wiederaufforstung mit klimaangepassten, widerstandsfähigen Mischbeständen, die dem Klimawandel gewachsen sind und

alle Ökosystemleistungen erbringen können, zum erklärten Ziel.

Damit die Wiederbewaldung gelingt, braucht es unter anderem auch einen angepassten Wildbestand, damit junge Bäume nicht zu sehr durch das Wild geschädigt werden. Hierzu optimiert die Landesregierung die Erstellung von Verbissgutachten und verstärkt die Beratung zu einem angepassten Jagdmanagement vor Ort.

Der infolge des Klimawandels wachsenden Waldbrandgefahr werden wir weiterhin Rechnung tragen, auch in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium. Die im Waldbrandschutzkonzept enthaltenen Maßnahmen werden wir nach und nach umsetzen. Dazu gehören natürlich auch der Ausbau von Löschwasserenteichen, die Instandsetzung von Wegen und die Früherkennung von Waldbränden, aber auch gemeinsame Übungen von Feuerwehren und Forstleuten.

Ich komme zum fünften Themenkomplex und damit zur Förderung der ländlichen Räume. Unsere ländlich geprägten Regionen in Nordrhein-Westfalen stehen unter anderem hinsichtlich der demografischen Entwicklung und ihrer Auswirkungen auf Angebote der Daseinsvorsorge in den Dörfern, ihrer Erreichbarkeit sowie der Infrastruktur insgesamt vor besonderen Herausforderungen.

Da ist uns die Förderung der Struktur- und Dorfentwicklung des ländlichen Raums besonders wichtig; denn sie dient der Schaffung und auch der Erhaltung attraktiver und lebenswerter Dörfer und Orte und zielt auf die Bedarfe und Bedürfnisse der Menschen vor Ort ab. Sie bewerben sich nämlich selbst auch mit eigenen Projekten bei uns. Wir lassen ihnen die Luft und sagen: Ihr wisst am besten, was ihr vor Ort braucht; wir unterstützen das.

Wir haben binnen weniger Wochen 21 Millionen Euro in unsere nordrhein-westfälischen Dörfer geben können. Da soll mal einer sagen, dass wir an dem, was vor Ort gebraucht wird, vorbei regieren würden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Beim sechsten Themenkomplex geht es darum, den Verbraucherschutz weiter gezielt zu stärken. Der Schutz der Verbraucher ist in unseren Zeiten wichtiger denn je. Es gibt viele Unsicherheiten, und es gibt enorme Kostensprünge. Dass wir hier wirklich zusehen, Herr Schalley, dass die Menschen ...

(Zuruf von den GRÜNEN: Er ist nicht mehr da!
– Zuruf von der SPD: Wo ist er?)

– Er ist noch nicht mal mehr da. Na ja. Es hätte vielleicht gutgetan, zuzuhören.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vielleicht können Sie es ihm ja ausrichten.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Er liest das im Protokoll nach!)

Wenn wir unseren Menschen in Nordrhein-Westfalen gute Angebote schaffen und in vielfältigen Bereichen Aufklärung und Unterstützung leisten, ist das ein Dienst am Menschen. Aber darum scheint es nicht zu gehen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD] – Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Vor nichts haben wir mehr Angst als vor Ihnen, Herr Loose!)

Wir haben insgesamt 63 Beratungsstellen bei uns in Nordrhein-Westfalen. Wir werden das Themenfeld „Ernährung“ und weitere diverse Fachthemen unseres Hauses auch weiter voranbringen.

Im Verbraucherschutz wird die Förderung einer nachhaltigen Ernährung und Gemeinschaftsverpflegung zum Beispiel über das Kantinenprogramm NRW oder auch die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung sowie die Seniorenernährung und die Reduzierung von Lebensmittelverlusten angestrebt. Auch das EU-Schulprogramm NRW für Obst, Gemüse und Milch wird unterstützt.

Jeder Euro kann am Ende nur einmal ausgegeben werden. Aber ich sage in Richtung der Opposition auch eines ganz klar. Ich höre mir diese Märchenstunde ja öfter an, dass immer wieder gesagt wird: Sind die immer noch nicht fertig mit der Aufteilung des ursprünglich zusammengehörenden Ministeriums? – Ich finde, dass da zwei sehr eigenständige Ministerien unterwegs sind, und zwar schon die ganze Zeit. Es scheint aber irgendwie zu stören, dass genau das der Fall ist und dass das auch so geklappt hat.

Wir haben das Ohr bei den Landwirten. Wir haben das Ohr draußen bei den Waldbauern. Wir haben das Ohr bei den Verbrauchern. Wir haben das Ohr zum Beispiel auch bei den Tierheimen, die heute mehrfach angesprochen worden sind. Worauf lag denn mein Auge, als wir unsere Tierheime mit gutem Geld von den gestiegenen Energiekosten entlastet haben? Sie waren dafür äußerst dankbar und sagten: Das ist uns so viel wert. Das hilft uns, in dieser schwierigen Zeit zu überleben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Das sind doch genau die Punkte, an denen wir die Menschen durch Gespräche abholen. Wir hören zu. Wir setzen bei uns um.

Zur Opposition: Wo waren, als wir monatelang in Berlin Gespräche geführt haben – was wir bis heute machen; wir sind im Austausch –, Ihre Stimmen bei der Ampel? Frau Blask, Herr Brockes, wo waren Ihre Stimmen, als es darum ging, das Geld für die notwendige Transformation unserer Landwirtschaft, für die wir als schwarz-grüne Regierung stehen, loszu-eisen? Wo sind Sie da gewesen?

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sie sind da nicht einmal beigesprungen – und das als Menschen, die für Nordrhein-Westfalen, für ein starkes Agrarland, Politik machen wollen. Sie hätten gut daran getan. Das hätte helfen können. Da haben Ihre Stimmen gefehlt. Hier sind sie fehl am Platz. Wir machen, was wir können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als Nächste spricht für die CDU die Abgeordnete Frau Winkelmann.

Bianca Winkelmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns nach wie vor beim Einzelplan 15 des für Landwirtschaft, Forsten, ländliche Räume und Verbraucherschutz zuständigen Ministeriums. Auf den so wichtigen Bereich „Verbraucherschutz“ möchte ich in den nächsten Minuten Ihre Aufmerksamkeit lenken; denn offensichtlich gibt es einige Fraktionen, die da noch Nachholbedarf haben.

Ich bin mir ganz sicher, dass wir in Nordrhein-Westfalen beim Verbraucherschutz im bundesweiten Vergleich sehr gut aufgestellt sind. Aktuell sind es allein 63 Beratungsstellen, die über das ganze Land verteilt Bürgerinnen und Bürgern in den vielfältigen Bereichen des Verbraucherschutzes zur Seite stehen und wohnortnahe Beratung garantieren.

Die Aufgaben der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen sind so vielfältig wie wichtig.

Da ist zum einen aufgrund der multiplen weltweiten Krisen das wichtige Thema – für uns ist das ein wichtiges Thema – „Energie“. Dazu gehört alles von der Energieeinsparung bis zu den vielen Fragen rund um den Strom- und Gasmarkt, die beantwortet werden müssen.

Eingangs habe ich zwar gesagt, dass wir das ausgedehnte Netz an Verbraucherzentralen vor Ort haben. Aber gleichwohl setzt die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen gerade in diesem Themenbereich immer mehr auch auf digitale Beratungs- und Informationsangebote, um das große Interesse der Bürgerinnen und Bürger landesweit abdecken zu können.

Einen weiteren Schwerpunkt ihrer Arbeit sieht die Verbraucherzentrale beim Thema „Reduzierung von Lebensmittelverlusten“. Dieser Bereich treibt uns sicher alle um. „Verbraucherinformation“, „Bewusstseinsbildung“ und „Sensibilisierung“ sind nur einige Stichworte zu den wichtigen Maßnahmen, mit denen über unterschiedliche Formate Verbraucherinnen und Verbraucher erreicht werden. Über verschiedene Aufklärungskampagnen wird für dieses wichtige Thema geworben.

Immer mit dem Ziel, Kindern ein gesundes und nachhaltiges Ernährungsverhalten nahezubringen, setzt die Beratung für unsere Jüngsten bereits früher an. Über diverse Begleitmaßnahmen unterstützt das Team der Verbraucherzentrale die Verbraucherbildung von Schülerinnen und Schülern und unterstützt das EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch seit vielen Jahren. Genau hier sehen auch wir als Zukunftscoalition, also mit den Kollegen der Grünen, einen wichtigen Schwerpunkt.

Ich möchte bereits jetzt für unseren Änderungsantrag werben und um Unterstützung bitten, da wir den Ansatz im Haushalt um 400.000 Euro auf 3.635.000 Euro erhöhen wollen.

Aber auch an die ältere Generation mit ihren sich verändernden Ansprüchen als Verbraucherinnen und Verbrauchern wird gedacht. Zu nennen ist beispielsweise das Pilotprojekt Verbraucher60plus, welches über eine zentrale Website als Anlaufstelle und Wegweiser für Ältere etabliert werden soll.

Wir haben es vorhin schon mal gehört: Der Fake-shop-Finder und die Flugärger-App stehen neben vielen weiteren sogenannten Legal-Tech-Tools dem mündigen Verbraucher mittlerweile auch in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung und werden weiterentwickelt. Ein Blick in den Haushalt und in die Informationen dazu hätte weitergeholfen.

Diese kurze Aufzählung der umfassenden und wertvollen Arbeit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen erhebt ganz sicher nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Sie bietet vielmehr nur einen Einblick in die vielfältigen Themenfelder.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich an dieser Stelle im Namen der CDU-Fraktion ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verbraucherzentrale zu bedanken. Sie tragen mit ihrem Engagement und ihrem Einsatz wesentlich zu einem starken Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen bei.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Mein Dank gebührt ebenso unserer Ministerin Silke Gorißen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium. Ohne die finanziellen Mittel, die in ihrem Haus zur Verfügung gestellt werden, wäre eine so vielfältige Arbeit natürlich nicht möglich.

Grundlage dieser verlässlichen Finanzierung ist die mehrjährige Vereinbarung, die bereits im Jahr 2021 mit der Verbraucherzentrale geschlossen wurde. Diese Vereinbarung, die noch bis zum Jahr 2025 läuft, ist die solide Basis für die Verbraucherschutzarbeit in Nordrhein-Westfalen und zeigt klar: Wir stehen zu unseren Zusagen und setzen klare Prioritäten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss. Genau so gestaltet man eine verlässliche und zukunftsgerichtete Politik. Dass

unsere Zukunftscoalition diese Vereinbarung selbstverständlich fortführt, zeigt einmal mehr, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen auf uns und unsere Politik verlassen können. Wenn also auch Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und FDP, am Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen gelegen ist, dann stimmen Sie diesem Haushalt zu. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Winkelmann. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Dr. Kaiser.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen der demokratischen Fraktionen! Es ist schon frappierend: Da stellt sich ein Redner der rechten Oppositionspartei hier hin – zehn Minuten voller Ahnungslosigkeit –, erzählt Dinge ohne Hand und Fuß, verlässt nach der Rede den Saal und hört nicht einmal der Ministerin zu, wie sie antwortet und darstellt, wie die Landesregierung arbeitet.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Der Markt im Biobereich hat sich mittlerweile stabilisiert. Herr Schalley schwadroniert, es gehe alles in Grund und Boden, weil Schwarz-Grün eine Politik mache, die grüne Spielwiesen darstelle, und Ähnliches. Völlig absurd!

Wir wollen für die Betriebe – sowohl für die konventionellen als auch für die ökologisch produzierenden – agieren, damit sie gut wirtschaften können und stabilisierende Faktoren im ländlichen Raum sind. Dafür legen wir mit diesem Haushalt die Grundlage.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Gleichzeitig wird Herr Wüst angegriffen, der angeblich die Bauern nicht schätze. Das Gegenteil ist der Fall. Vor zwei Wochen hätten Sie in einem doppelseitigen Interview im Landwirtschaftlichen Wochenblatt nachlesen können – dafür müssten Sie sich aber Fachkompetenz aneignen –,

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

dass er von einer Partnerschaft auf Augenhöhe spricht.

Es ist unglaublich, wie Sie sich hier als angebliche Partner der Bauern und Bäuerinnen darstellen. Das ist absurd. Niemand sollte sich darauf verlassen, dass die AfD auch nur einen Handschlag für ihn tun könnte.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Nun aber zu dem, was ich eigentlich sagen wollte, zumal die Redezeit begrenzt ist: Wir begrüßen an

diesem Haushalt ganz besonders, dass Grundlagen für die Waldökosystem-Forschung gelegt worden sind. Forschung ist ein ganz wichtiger Punkt, um dem Klimawandel und den sich verändernden Rahmenbedingungen entgegenzutreten; denn es geht darum, sich weiterzubilden, auszubilden und fortzubilden, um im Wald wirtschaften, arbeiten und agieren zu können.

Mit diesem Koalitionsvertrag haben wir die Grundlagen für das Waldökologische Institut gelegt. Es ist ein Haushaltvermerk aufgenommen worden, um endlich den Weg gehen zu können, dieses im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel umzusetzen.

Vor Wochen hat sich bereits das Forschungsnetzwerk Wald gegründet. Das ist ein ganz wichtiger Schritt, um aus der Praxis heraus Erkenntnisse zu sammeln und diese dann an die Waldbesitzenden weiterzugeben. Nur so wird Waldbewirtschaftung in der Zukunft funktionieren. In veränderten Zeiten, unter veränderten Rahmenbedingungen, bei Klimawandel und Biodiversitätsverlust, müssen die Menschen bzw. die Waldbesitzenden Geduld haben und sich darauf konzentrieren, wie sie die Erkenntnisse des Ökosystems aufnehmen und verarbeiten und mit dem Wald wirtschaften.

Wir wollen Nutzholz produzieren. Wir wollen aber auch die Biodiversität erhalten. Wir wollen den Wald als Klimaschützer, als CO₂-Senke. Dafür werden wir uns einsetzen, und daran werden wir weiterarbeiten. Mit diesem Haushalt ist dafür eine gute Grundlage gelegt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Kaiser. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zu den Abstimmungen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6815, den Einzelplan 15 unverändert anzunehmen.

Es liegen allerdings noch einige Änderungsanträge vor, über die wir erst abstimmen.

Wir stimmen zunächst über den **Änderungsantrag Drucksache 18/6967** ab. Antragsteller sind CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die AfD und die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Dann stimmen wir über den **Antrag Drucksache 18/6968** ab. Antragsteller sind CDU und Grüne. Wer stimmt ihm zu? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Das ist die FDP. Damit ist

dieser Antrag, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Ich rufe nun die Abstimmung über den **Antrag Drucksache 18/6969** auf. Antragsteller sind CDU und Grüne. Wer möchte hierfür stimmen? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Das ist die FDP. Damit ist dieser Antrag **angenommen**.

Als Nächstes stimmen wir über den **Änderungsantrag Drucksache 18/6970** von CDU und Grünen ab. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dieser Antrag ist **angenommen**.

Nun kommen wir zum **Änderungsantrag Drucksache 18/6971** von CDU und Grünen. Wer stimmt hierfür? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und FDP. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig. Damit ist der Antrag **angenommen**.

Jetzt lasse ich über den **Antrag Drucksache 18/7096** der FDP abstimmen. Wer stimmt hierfür? – Die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Damit ist dieser Antrag, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Der fraktionslose Abgeordnete hat nicht an den Abstimmungen teilgenommen.

Wir stimmen jetzt über den Einzelplan 15 ab und kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 15 in der soeben geänderten Fassung selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 15 in der soeben geänderten Fassung in der zweiten Lesung angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich rufe auf:

Einzelplan 14 Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6814 und die in der Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster spricht für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Stinka.

André Stinka* (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir in schwie-